

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 14. Januar 2012

KOLUMNE

Von Doppelmoral und Ablenkungsmanövern

Nach vier Wochen medialem Dauerbeschluss in der Causa des Christian Wulff zögert man als Autor lange, sich diesem Thema in dieser Kolumne zu widmen. Ich tue es trotzdem – mit einer gehörigen Portion Wut im Bauch. Je länger die kollektive Aufregung über den Bundespräsidenten andauert, desto mehr gehen mir die Doppelmoral und die pharisäerhaften Aufgeregtheiten so mancher Medien – nicht nur aus dem Hause Springer – auf die Nerven.

Verstehen Sie meinen Beitrag aber bitte nicht als Reinwaschung des Bundespräsidenten. Er hat alles andere getan, als mit aufrechten Antworten den bösen Anschein einer unzulässigen Interessenkollision, der Vorteilsannahme im Amt gar, überzeugend zu widerlegen. Seine fatale Strategie der missglückten Selbstverteidigung hat die Medien erst recht zu einer regelrechten Kampagne animiert. Und auch wenn Christian Wulff im Amt bleibt, weil er weder durch die Presse noch durch ein formal mögliches Amtsenthebungsverfahren abgelöst werden kann, wird er künftig als Bundespräsident eine „lame Duck“ (lahme Ente) sein. Im politischen Sprachgebrauch der USA werden damit Präsidenten titulierte, die nicht mehr gewählt werden können oder wollen. Sie sind zwar noch formal im Amt, haben aber faktisch keine Handlungsmacht mehr. Der deutsche Bundespräsident hat aufgrund unserer Verfassung kaum Macht, ist eher oberster Grüß-Gott-Repräsentant der Republik. Doch die Stärke und Wirkungsmacht guter Präsidenten lebt von der persönlichen Autorität und Glaubwürdigkeit. Ihre Macht ist das Wort, die konzeptionelle Rede, die Sinnstiftung für die Republik. Diese präsidentiale Wirkungsmacht ist bei Wulff nachhaltig beschädigt – egal wie er sich mit seinen Reden in der verbleibenden Amtszeit abmühen wird. Übrigens wird ein Argument für Wulffs Verbleib im Amt fast nie erwähnt: Hätte nicht mit Horst Köhler bereits der Vorgänger im Amt vorzeitig abgedankt, wäre die Unterstützung für Wulff aus dem Kanzleramt in den vergangenen Wochen deutlich schwächer ausgefallen.

„Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“ In vielen Redaktionen dieser Republik müsste ohrenbetäubender Lärm herrschen ob der eigenen Doppelmoral. Pharisäern gleich halten viele Leitme-

dien moralische Prinzipien beim Feldzug gegen den Bundespräsidenten hoch, denen sie selbst bei weitem nicht immer gerecht werden. Wie weit ist es gekommen, wenn Mailbox-Nachrichten an den Chefredakteur der „Bild-Zeitung“ via „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und „Spiegel“ in die Öffentlichkeit lanciert werden, weil Kai Diekmann selbst nicht den Schneid hat, die Aufzeichnung des präsidentialen Wutausbruchs in den Springer-Blättern zu publizieren? Die Überhöhung der Wulff'schen Mailbox-Nachricht als „Angriff auf die Pressefreiheit“ hat mehr mit kol-

lektiver journalistischer Hysterie als mit echter Sorge vor politischer Einflussnahme zu tun. Jeder Lokaljournalist kann Lieder davon singen, wie aufgeregte Landräte oder Bürgermeister reagieren, wenn ihnen die Berichterstattung nicht passt.

Persönliche Integrität, Glaubwürdigkeit und Anstand werden zu Recht von denen eingefordert, die politische Spitzenämter in unserem Land bekleiden. Doch auch von Journalisten, die für mich eine wichtige demokratische Kontrollfunktion als „vierte Gewalt“ im Staat ausüben, erwarte ich mehr Selbstreflexion, mehr Würde und Demut. Christian Wulffs Politikverständnis, seine Neigung zur kostenfreien Inanspruchnahme von Gefälligkeiten reicher Freunde, ist schonungslos offengelegt. Wenn er trotzdem im Amt bleiben will, dann werden ihn die Medien nicht aus dem Amt schreiben können. Wenn die Presse klug ist, dann verlässt sie diesen Nebenschauplatz und widmet sich wieder den wahren Problemen des Landes. Ansonsten wird die Stimmung bald kippen, wird sich die Kritik gegen die investigativen Journalisten richten, deren „Meinungsmache“ nicht nur Wulff-Freunden auf den Geist geht.

Und wir hätten Themen genug, über die zu berichten sich lohnt: Wie reduziert Deutschland seine Staatsausgaben, um endlich von der hohen Kreditaufnahme herunterzukommen? Ist es nicht endlich Zeit, Griechenland den Ausstieg aus dem Euro nahezu legen, statt weitere Bürgschaften und Garantien für einen unrettbaren Mitgliedsstaat zu geben? Die wahren Probleme des Landes sollten wieder stärker im Fokus der „vierten Gewalt“ stehen, nicht nur die Causa des Christian Wulff.

